



Kreisverband Rotenburg (Wümme)

Stefan Klingbeil

Vorsitzender

DIE LINKE.Kreisverband

Rotenburg (Wümme)

Tel.: 04261 96 39 776

www.dielinke-row.de

E-Mail: stefanklingbeil@posteo.de

Eine Energiewende der Gemeinschaft

Kreislinke lehnt Energieversorgung in privater Hand ab

Rotenburg, den 22. März 2021

Die Linkspartei befürwortet eine Energiewende, aber ein die sozialverträglich ist! Diese ist mit privater Investition gefährdet.

Mit der zunehmenden Verlagerung der Energieversorgung in private Investorenhand verlieren die Anwohner:innen einer Gemeinde die Hoheit über die eigene Energieversorgung. In Hand der Gesellschaft kann der Energiepreis auf Dauer auf einem soliden Niveau gehalten werden.

Alle Vorzeichen stehen auf Energiewende. Dennoch wird der Stromverbrauch in den nächsten Jahrzehnten steigen und damit auch die Notwendigkeit, die Infrastruktur regenerativer Energien auszubauen. Dies haben hat der Aktienmarkt bereits erkannt und auch private Investoren. Daher ist es nicht verwunderlich, dass jetzt die Geier über den Gemeinden fliegen: Private Investoren wollen letztlich Rendite erwirtschaften, da gibt es gar nichts zu romantisieren.

Wir nehmen ähnliche Bestrebungen auch in der Gemeinde Sottrum wahr. Statt der Privatisierung der Daseinsvorsorge könnte eine kommunal angetriebene Genossenschaftsgründung ein Schritt sein, der alle Bewohner:innen der Gemeinde gleichberechtigt mitnehmen würde. In Rotenburg haben wir bereits einen sehr guten Energieversorger, die Stadtwerke. Ich glaube nicht, dass ein:e private:r Inverstor:in unser aller Schwimmbad refinanzieren würde.

Die Linke im Landkreis Rotenburg lehnt strickt jegliche Versuche ab, regionale Energieversorgung in ein Renditeobjekt umzuwandeln. Wir wollen alle Einkommensschichten vor einem unkontrollierbaren Energiemarkt schützen. Insbesondere Menschen mit geringem Einkommen dürfen in Jahrzehnten nicht darunter leiden, dass privaten Unternehmen die Energieversorgung überlassen worden ist. Die Privatisierung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge hat schon beim sozialen Wohnungsbau nicht funktioniert und schon gar nicht bei der gnadenlosen Vermarktung von Krankenhäusern.

Die kommunale Energieversorgung wird auch Teil unseres Kommunalwahlprogramms sein.

Unserer Auffassung nach besteht ein dringendes öffentliches Interesse an der sofortigen namentlichen Bekanntmachung der Investoren.

Mit freundlichen Grüßen
Stefan Klingbeil